

Green Recovery Plan

sechs Punkte für die saarländische Wirtschaft nach Corona

Die Corona-Pandemie hat die ganze Welt vor einem Jahr erschüttert. Diese Pandemie hat Schätzungen zufolge uns in eine ähnlich bedrohliche Krise für die Wirtschaft gestürzt, wie der zweite Weltkrieg. Laut dem Ifo Institut, entstehen bei einem Lockdown von der Dauer von zwei Monaten Kosten zwischen 255 und 495 Mrd. Euro und es reduziert sich die Jahreswachstumsrate des BIP zwischen 7,2 und 11,2 Prozentpunkte. Ferner wird ein Verlust von rund 600.000 Arbeitsplätzen erwartet, sowie eine Pleitewelle von Unternehmen. Ebenso wird die Tourismusbranche aus dieser Krise angeschlagen hervorgehen.

Doch die Corona Krise hat uns auch unsere Denkfehler aufgezeigt, die wir in der Vergangenheit begangen haben. Wichtig ist es nun, dass wir nach der Coronakrise mutig und gut gerüstet in die Zukunft aufbrechen. Dafür haben wir einen 6-Punkte-Plan aufgestellt, der unsere Wirtschaft sozial, ökologisch und widerstandsfähig für die Zukunft machen soll.

Folgende Maßnahmen schlagen wir vor:

1. Mehr saarländisches Risikokapital = saarländischer Investmentfond

Egal ob Neugründung, Neuausrichtung oder Umrüstung, Unternehmen brauchen externes Geld.

Um es Neugründer:innen oder bestehenden Unternehmen einfacher zu machen sind Investor:innen wichtig. Gerade StartUps brauchen mutige Investitionen um sich entwickeln zu können. Ein vom Land aufgelegter Fond könnte diese StartUps und Unternehmen dabei unterstützen. Ein Beispiel dafür bildet beispielsweise der Investmentfond Dänemarks. Diese Gelder werden an sozial-ökologische Standards gebunden. Dies stabilisiert nicht nur unsere saarländische Wirtschaft im Anbetracht des Industriellen Wandels, der uns bevorsteht, sondern es fallen auch Gewinne für die öffentlichen Kassen an. Dieser Fond wird von einem Gremium, das 50:50 aus Bürger:innen und Vertreter:innen des Landes besteht, administriert.

2. Kostenfreie Beratung für Neugründer:innen

Es ist wichtig für die Zukunft, dass neue Ideen einen Nährboden finden auf dem sie gedeihen können. Aber auch die Gründung eines regulären Kleinunternehmens erfordert einiges an Mühen und Wissen. Gerade diese Gründungen sind jedoch der Mittelstand von Morgen. Deswegen müssen wir den Gründungsprozess so einfach wie möglich machen. Aus diesem Grund fordern wir die schon vorhandenen Strukturen der Wirtschaftsförderungsgesellschaften besser auszubauen, kostenfreie Workshops und Webinare zu allem rund um das Thema Gründung anzubieten, und eine aktivere Unterstützung von staatlicher Seite von der Idee über das Konzept bis zum erfolgreichen Unternehmen. Diese Unterstützung sollte vom Verfassen des

Businessplans, der Beratung zur passenden Gesellschaftsform bis hin zu der Suche passender Investor:innen reichen.

3. Aktive Unterstützung unserer Großindustrie

Unsere saarländische Wirtschaft ist enorm auf Industrie ausgelegt. Die meisten der Top fünf Arbeitgeber:innen im Saarland produzieren Automobil(zubehör) und Stahlprodukte. Was hier stark auffällt ist, dass diese Unternehmen besonders im Hinblick auf den Klimawandel besonders anfällig sind, da dieser Industriezweig noch sehr stark Abhängig von fossilen Brennstoffen ist. Diese Unternehmen sind jedoch essentiell für die Arbeitsplätze und den Wohlstand im Saarland. Wir fordern einen konkreten Dialog zwischen dem Land und den Unternehmen. Ziel dieses Dialoges soll es sein, einen Plan zur Bereitstellung von öffentlichen und privaten Geldern zur Forschung und Umrüstung bzw. Neuorientierung zu erarbeiten. Dabei fordern wir einen besonderen Fokus auf die Zukunftsfähigkeit, Ökologie, Arbeitsplätze, sowie eine soziale Ausrichtung zu legen. Es sollen konkrete und bindende Maßnahmen vereinbart werden.

4. "Wohlstand für alle"

Das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft war es Wohlstand für alle zu erzeugen, dieses Versprechen ist jedoch in den vergangenen Jahren gebröckelt, auch im Saarland. Ein aktiver Teil der Wirtschaft zu sein, ist nicht nur aus finanzieller Sicht sinnvoll, sondern es nimmt auch Populist:innen den Wind aus den Segeln. Deshalb fordern wir die aktive Förderung alternativer Unternehmenskonzepte wie beispielsweise das Verantwortungseigentum oder die Genossenschaft. Dass diese Konzepte große Erfolge verzeichnen können, sieht man zum Beispiel bei den Firmen ZF, Bosch, Alnatura und Globus, die das Konzept des Verantwortungseigentums tagtäglich anwenden. Ferner fordern wir einen Bürgerfond. Ziel dieses Fonds ist es, dass dieser Geld in Unternehmen, Projekte wie bspw. Windparks und in Anteile von Unternehmen investiert. Dieser Fond wird von Bürger:innen in Selbstverwaltung mit Unterstützung des Landes geführt. Dadurch können die Bürger:innen selbst entscheiden, was mit ihrem Geld passiert, und gleichzeitig wird unsere Wirtschaft gestärkt. Die saarländischen Sparkassen werden hier als unterstützende und beratende Instanz assistieren.

5. Mehr *Sharing als Economy*

Im Hinblick auf die Klimakrise, auf unseren hohen Ressourcenverbrauch als auch auf die soziale Gerechtigkeit ist Eigentum nicht immer das Mittel aller Dinge. Im Wohnsektor ist es mittlerweile schon selbstverständlich, dass man als Mieter:innen nur eine Wohnung besitzt anstatt sie zu kaufen. Dies macht jedoch auch in anderen Bereichen des Alltags Sinn. Deswegen fordern wir einen stärkeren Fokus auf Sharing Economy. Gerade in Ballungsgebieten sind Konzepte wie Carsharing nicht nur sinnvoller für die Umwelt und das Klima der Stadt, sondern auch für die finanzielle Situation der Bürger:innen. Aber auch andere Sharingkonzepte

wie bspw. das Tauschen/Verkaufen von nicht mehr genutzten Artikeln, Foodcoop, das gemeinsame Bewirtschaften von Grünflächen (was gerade auch in Städten Sinn ergibt, Stichwort Urban Gardening) und Co-Working Spaces sind Konzepte die für Städte aber auch teilweise in ländlichen Gebieten sinnvoll sind und gefördert werden müssen. Ein anderer nicht zu vernachlässigender Aspekt ist, dass viele Menschen, besonders Arbeitslose, durch Sharing Economy die Möglichkeiten bekommen, ihre eigenen Talente unternehmerisch einzusetzen. Diese Tatsache kann nicht nur stabilisierend auf den Arbeitsmarkt wirken, sondern Menschen auch die Möglichkeiten geben, das zu tun was sie wirklich möchten.

Um diese Konzepte angemessen zu fördern, fordern wir:

- Die Ausarbeitung eines konkreten Konzepts mit dem Ziel, der Collaborative Economy bzw. Sharing Economy und anderen gemeinwohlorientierten Konzepten der gemeinschaftlichen Nutzung von Gütern und Dienstleistungen gleichwertige Rahmen- und Förderungsbedingungen zu bieten, wie sie auch der herkömmlichen Privatwirtschaft zugutekommen.
- Dass Rahmenbedingungen für nicht profitorientierte Gründungen und sozial-ökologische Unternehmen verbessert werden. Unter anderem dadurch, dass ein fester Teil der Gründungsförderungen an Unternehmen und Gesellschaftsformen gehen, die sozialen oder ökologischen Zielen, gegenüber Renditezielen eine höhere Priorität einräumen, ohne dabei auf eine solide Unternehmensführung zu verzichten.
- Dass im Rahmen der öffentlichen Beschaffung dafür Sorge getragen wird, dass zunehmend mehr Angebote der Share Economy genutzt werden.

6. Geschlechtergerecht handeln

Besonders wichtig ist, dass niemand bei Gründungen diskriminiert wird. Gerade Frauen sind jedoch mit 15,7 % stark unterrepräsentiert. Wir brauchen hier Maßnahmen, die dies ändern, ohne StartUps zu beeinträchtigen, die möglicherweise (noch) zu wenig Frauen haben. Deswegen fordern wir, dass StartUps, die in ihren Strukturen die Gleichberechtigung der Geschlechter aktiv fördern, zusätzliche finanzielle und weitere Beratungsoptionen bekommen. Diese staatlichen Förderungen werden an die Diversität der Teams geknüpft. Des Weiteren fordern wir, dass eine aktive Vermittlung zwischen Arbeitssuchenden, Investor:innen, und potenziellen Mitgründer:innen stattfindet, um eine bessere Balance in StartUps und Unternehmen im Allgemeinen zu erreichen. Falls die Anreizmodelle nicht den gewünschten Effekt erzielen, muss über Alternativmaßnahmen nachgedacht werden, die von einem Gremium aus Expert:innen, Gründer:innen, und Betroffenen ausgearbeitet werden.

Erarbeitet von der Arbeitsgemeinschaft Bildung, Arbeit und Wirtschaft und am 24.02.2021 vom Landesvorstand beschlossen